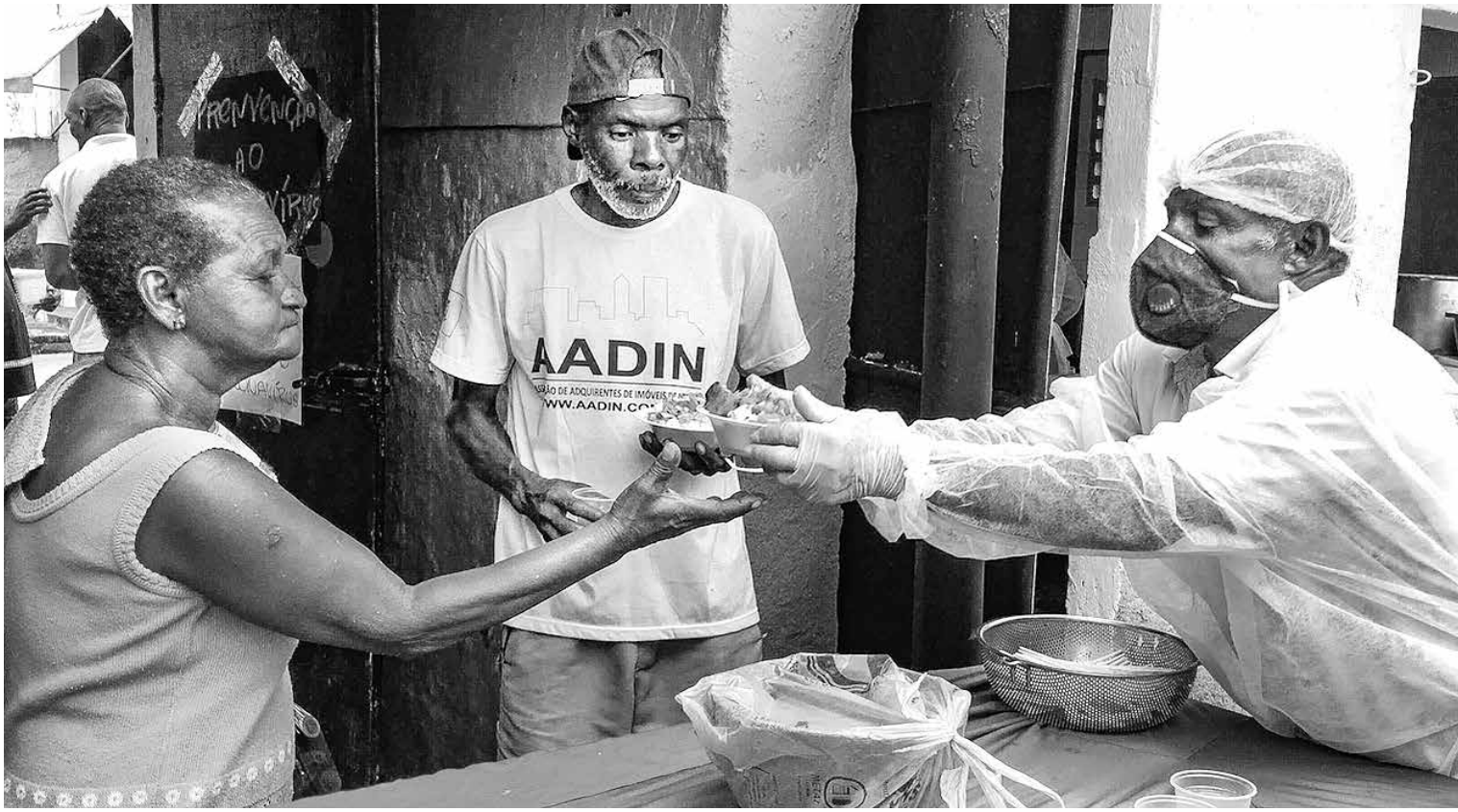
SOLIFONDS
Informationsbulletin
Nr. 118 / Juni 2020
Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe



Mit kollektiven Küchen sorgt die brasilianische Obdachlosenbewegung MTST für Verpflegung in Coronazeiten. Foto: MTST

Soziale Bewegungen im globalen Süden

Mit Solidarität und Selbstorganisation aus der Krise finden

Wegen der Massnahmen gegen die Covid-19-Pandemie von heute auf morgen die Stelle verloren – für viele prekarisierte Menschen weltweit heisst dies, nichts mehr zu essen zu haben. Im globalen Süden ist das eine Realität für Millionen von Arbeiter*innen.

Eine herausfordernde Zeit ist angebrochen. Das Coronavirus hat nicht allein eine Gesundheitskrise bewirkt, vielmehr ist eine multiple Krise entstanden – wirtschaftlich, gesellschaftlich, zusätzlich zur klimatischen, die mancherorts deutlich spürbar ist. Bereits bestehende Ungleichheiten wurden sichtbarer und haben sich verschärft. Grundlegende Rechte sind stärker unter Druck geraten und können in der Zeit der Lockdowns nicht mit üblichen Mitteln – Protesten oder Streiks – eingefordert werden. Viele Arbeiter*innen stehen ohne Einkommen da, andere, beispielsweise in der Landwirtschaft Südeuropas oder in der Textilindustrie Asiens, sehen sich gezwungen, ihre Arbeit fortzuführen beziehungsweise wieder aufzunehmen, wenn Unternehmen dies verlangen – ohne Schutzmaterial. Die Pandemie wird als Vorwand genommen, um Arbeitsrechte abzubauen. Betroffen sind insbesondere Menschen in unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen. Sie leben in Favelas, Townships, Barackensiedlungen.

Doch entsteht auch viel Solidarität in diesen schwierigen Zeiten: Kollektive Küchen geben Essen aus, Basisbewegungen verteilen Nahrungsmittelpakete und Hygieneartikel in armen Vierteln, führen Gesundheitsvorsorge durch, leisten Rechtshilfe. Sie stellen sich der Krise mit Solidarität, Selbstorganisation und Einfallsreichtum. Gleichzeitig wehren sie sich gegen staatliche Repression, gegen Massenentlassungen und Räumungen von informellen Siedlungen.

Von den Regierungen fordern sie soziale Absicherung für die gesamte Bevölkerung, mehr Investitionen in Gesundheit und Bildung, um die Auswirkung solcher Krisen möglichst gering zu halten. Und sie verlangen die Streichung der Auslandschulden.

Auch wenn die Massnahmen gegen die Pandemie demnächst gelockert werden – die Auswirkungen dieser Krise werden uns noch länger beschäftigen. Umso wichtiger ist es, soziale Bewegungen zu stärken, die Nothilfe leisten und grundlegende Rechte verteidigen. Sie zählen auf unsere Solidarität, damit wir gemeinsam gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Merci für Ihre Unterstützung!

Gewerkschaftliche Solidarität in Pakistan

Schuldenstreichung jetzt!

«Arbeiterinnen und Arbeiter, die in normalen Zeiten die Wirtschaft am Leben halten, sind aufgrund des Lockdowns in eine kritische Situation geraten. Millionen sind erwerbslos geworden, andere erhalten ihren Lohn für geleistete Arbeit nicht.» So fasst Zehra Khan vom Verband der Heimarbeiterinnengewerkschaften (HBWWF) die Situation in Pakistan zusammen. «Viele Arbeiterfamilien wissen jetzt schlicht nicht mehr, wie sie sich ernähren sollen.»

Die meisten Erwerbstätigen in Pakistan arbeiten als Tagelöhner oder Heimarbeiterinnen in der informellen Wirtschaft und erhalten einen Stücklohn. Als internationale Modefirmen ihre Aufträge stornierten (siehe Kasten) und kurz später die Regierung aufgrund der Covid-19-Pandemie Fabriken und Betriebe schloss, fiel das ohnehin schon prekäre Einkommen unzähliger Familien vollständig aus. Gemäss Nasir Mansoor vom unabhängigen Gewerkschaftsdachverband NTUF sind rund sechs Millionen Arbeiter*innen entlassen worden. Unter dem Vorwand der Coronakrise haben Unternehmen Stellen gestrichen, um die Arbeiter*innen später ohne Arbeitsvertrag und unter schlechteren Bedingungen weiter zu beschäftigen. Damit geraten Arbeits- und Gewerkschaftsrechte noch stärker unter Druck.

Zusammen mit ihren Gewerkschaften fordern Arbeiter*innen ihre ausstehenden Löhne ein – in einigen Fällen mit Erfolg. Von der Regierung verlangen sie, Entlassungen zu verhindern und dafür zu sorgen, dass während des Lockdowns Löhne weiterbezahlt werden und in Betrieben der Gesundheitsschutz der Arbeiter*innen gewährleistet ist. Der unabhängige Gewerkschaftsdachverband NTUF und die Heimarbeiterinnengewerkschaften haben zudem eine Nothilfeaktion gestartet und verteilen Nahrungsmittelpakete an erwerbslos gewordene Arbeiter*innen. Die von der Regierung versprochene Unterstützung ist in vielen Arbeitervierteln gar nicht erst eingetroffen.

«Soziale Sicherheit ist ein Recht für alle!» Protest am 1. Mai in Karachi. Foto: NTUF/HBWWF

Sozialversicherungen stärken

Klar ist für NTUF und HBWWF auch, dass Pakistan seine Auslandschulden nicht zurückzahlen darf, sondern sich für eine Schuldenstreichung stark machen muss. Statt Schulden zu bedienen, muss die Regierung in staatliche Sozialversicherungen investieren und dafür sorgen, dass die Auswirkungen der aktuellen Krise auf die Bevölkerung gemildert werden. Ebenfalls müssen die Arbeitsrechte gestärkt und die Löhne auf ein existenzsicherndes Niveau gehoben werden. In einer gemeinsamen Erklärung fordern Gewerkschaften und Arbeitsrechtorganisationen die Regierung auf, den Anspruch aller Bürger*innen auf Sozialversicherungen als Grundrecht zu verankern. Konkret sollen eine Erwerbslosenversicherung, Krankengeld sowie eine Altersrente eingeführt und garantiert werden. Dies würde dazu beitragen, die Bevölkerung besser vor den Folgen einer Notsituation wie der aktuellen Pandemie und des Lockdowns zu schützen.

Der SOLIFONDS unterstützt Partnerorganisationen in Pakistan und Bangladesch in ihren Solidaritätsaktionen für erwerbslos gewordene Arbeiter*innen.

Modefirmen für Massenentlassungen verantwortlich

Die Covid-19-Pandemie hat die obszöne Funktionsweise des globalen Kapitalismus am Beispiel der Textilindustrie in ihrer ganzen Brutalität aufgezeigt: Als in europäischen Ländern der Notstand ausgerufen wurde und die Läden schlossen, standen in Südasien von einem Tag auf den andern Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der Strasse und hatten kein Einkommen mehr. Grosse Modefirmen stornierten ihre Aufträge und weigerten sich, bestellte Ware zu bezahlen, auch solche, die bereits produziert und verschifft war. In Bangladesch allein beliefen sich die Schulden für gefertigte Textilprodukte auf fünf Milliarden US-Dollar (entspricht 15 Prozent der Jahresexporte von Textilprodukten aus Bangladesch). Fabriken wurden geschlossen, Arbeiterinnen haben ihre ausstehenden Löhne nicht mehr erhalten – zum Teil bereits seit Februar. Sie leiden Hunger, denn die Tiefstlöhne in der Textilproduktion reichen schon in normalen Zeiten nicht für die Existenzsicherung, geschweige denn, um etwas auf die Seite zu legen.

Noch vor Ende des Lockdowns in Bangladesch erteilten grosse Modefirmen wieder Aufträge, um die Regale in Europa rechtzeitig zur Ladenöffnung mit der neusten Fast Fashion zu füllen. Arbeiterinnen sahen sich gezwungen, die Arbeit wiederaufzunehmen – mit dem Risiko zu erkranken, denn Gesundheitsschutz gab es kaum.

Das Beispiel zeigt nicht nur einmal mehr, dass faire Löhne und würdige Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter*innen erkämpft werden müssen. Sondern auch, dass wirksame Gesetze in den Sitzländern der Konzerne sowie auf internationaler Ebene dringend nötig sind, damit Konzerne für Menschenrechtsverletzungen – auch durch ihre Unterfirmen und Zulieferer – zur Verantwortung gezogen werden können.

Die Obdachlosenbewegung in Südafrika verteilt Nahrungsmittelpakete gegen Hunger in informellen Siedlungen. Foto: Abahlali baseMjondolo

Südafrika während des Corona-Lockdowns

Keine Räumungen während der Gesundheitskrise!

«Wir unterstützen die von der Regierung erlassenen Massnahmen. Jedoch setzen diese voraus, dass alle Menschen in Südafrika ein Haus haben mit fliessendem Wasser und Sanitätsanlagen. Die Menschen in den informellen Siedlungen können die Massnahmen aber nicht umsetzen», schreibt uns S'bu Zikode, Präsident der Obdachlosenbewegung Abahlali baseMjondolo in Südafrika. Seit gut 15 Jahren organisieren sich Obdachlose und Landlose für das Recht auf Wohnraum in den Städten in dieser Bewegung. Aus Landbesetzungen haben sie Barackensiedlungen entwickelt. Für viele Menschen bieten diese Siedlungen nicht nur ein Zuhause, sondern auch ein gemeinsames Projekt für eine sozial gerechtere Gesellschaft.

Wasser und Essenspakete

In diesen Siedlungen fehlt es nicht nur an Wasser und Seife für die minimale Hygiene. In den meisten gibt es keine sanitären Einrichtungen und die Müllabfuhr kommt so gut wie nie vorbei. Angesichts dieser Situation haben sich die Aktivist*innen von Abahlali organisiert. «Wir haben alle unsere Aktivitäten gestoppt, um unsere Ressourcen und Energie in die Unterstützung unserer Gemeinschaften zu stecken», schreibt uns S'bu. Dank Vereinbarungen mit den Behörden konnte Abahlali innerhalb von drei Wochen für die Hälfte der Siedlungen Wassertanks und mobile Toiletten aufstellen. Viel Energie steckt die Bewegung auch in ihr «Solidaritätsprogramm für Ernährungssicherheit». Nicht wenige Menschen haben ihre Arbeit durch den Lockdown verloren, viele andere waren bereits vorher erwerbslos. Deshalb sind Essenspakete essentiell für das Überleben der Menschen.

Räumungen gehen weiter

Solidarität braucht Abahlali auch im Kampf gegen Repression. Schon in der Vergangenheit waren Abahlali-Siedlungen immer wieder von Räumungen betroffen. Diese wurden auch während der Lockdowns infolge der Covid-19-Krise nicht gestoppt, im Gegenteil: Betroffen waren in dieser Zeit auch Siedlungen, die eigentlich durch Gerichtsbeschlüsse vor Räumungen geschützt wären. Von Ende April bis Mitte Mai wurden Häuser in verschiedenen Abahlali-Siedlungen in Durban, Johannesburg und Kapstadt zerstört. Dabei gehen die von den Behörden beauftragten, meist privaten Sicherheitsfirmen auf brutalste Weise vor und schrecken auch nicht davor zurück, scharfe Munition zu verwenden. Anfang Mai wurde in Durban ein Bewohner durch eine Kugel schwer verletzt. Abahlali kämpft für ein Räumungsmoratorium in allen Städten während des Lockdowns.

Selbstorganisation

Die Obdachlosenbewegung betont die Wichtigkeit von Solidarität in und ausserhalb Südafrikas. Mit Hilfe von Aktivist*innen aus dem Gesundheitsbereich konnte Abahlali errechnen, wie viele mobile Toiletten und was für Sanitärsysteme in den informellen Siedlungen nötig und möglich sind. Der Austausch mit Aktivist*innen der Obdachlosengewerkschaft in den USA oder der MTST in Brasilien helfen der Bewegung, Ideen bezüglich Informationskampagnen für Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungen zu erarbeiten.

Damit die Solidaritätsaktivitäten der Bewegung – Essenspakete, Hygienevorsorge, Baumaterial für zerstörte Baracken – alle Siedlungen erreichen, hat Abahlali baseMjondolo den SOLIFONDS um Unterstützung gebeten. Solidarität stärkt die Bewegung in ihrem Kampf für ein würdevolles Leben für die marginalisierten Menschen in Südafrika.

Solidarische Ärztinnen und Ärzte in Besetzungen auf urbanem Brachland. Foto: MTST

Obdachlosenbewegung MTST in Brasilien

Gesundheitsbrigaden und kollektive Küchen

Während Brasiliens Rechtsaussen-Regierung von Jair Bolsonaro die Covid-19-Pandemie herunterspielt und damit Zigtausende Tote in Kauf nimmt, ist die Situation in den armen Vierteln des Landes kritisch. Viele Bewohner*innen, die von informellen Arbeiten leben, haben aufgrund der von Behörden verordneten Quarantäne ihr Einkommen gänzlich verloren. Abstands- und Hygienemassnahmen sind wegen der hohen Bevölkerungsdichte auf engem Raum und fehlenden Wassers kaum einzuhalten. Das öffentliche Gesundheitswesen, das seit Jahren unterfinanziert und vielerorts überlastet ist, ist in einigen Gebieten am Anschlag.
In dieser gravierenden Situation leistet die Obdachlosenbewegung MTST Solidaritätsarbeit in den Besetzungen der Bewegung, in den Favelas und in den Strassen der Grossstädte. Sie unterstützt Obdachlose und Bewohner*innen der armen Viertel mit Nahrungsmittelpaketen und Hygieneartikeln, in kollektiven Küchen werden Mahlzeiten ausgeschenkt. Gleichzeitig bilden «Gesundheitsbrigaden» Aktivist*innen aus, die ihrerseits die Familien in den Besetzungen besuchen und zu Hygienemassnahmen informieren. Isolationszelte wurden aufgebaut, damit Personen, die Symptome aufweisen, isoliert werden und ein Übergreifen des Virus verhindert werden kann. Bewohnerinnen der armen Viertel nähen zudem Hygienemasken, die die Bewegung an Personen verteilt, welche sich besonders schützen müssen.

Informationsarbeit gegen Fake News

Um Falschinformationen über die Pandemie entgegenzuwirken, verschickt die Obdachlosenbewegung wöchentliche Gesundheitsberichte via Whatsapp an ihre Basis. Mit dieser alternativen Kommunikationsform will sie die Leute möglichst transparent informieren und ihnen in einer Situation der Ungewissheit und Isolation Mut geben. Weiter mobilisiert die MTST gegen Missstände, etwa als eine Besetzung geräumt oder einem Viertel das Wasser abgestellt wurde. Gemeinsam mit anderen Bewegungen kämpft sie gegen die Politik der Regierung Bolsonaro, die derweil demokratische Strukturen und Errungenschaften weiter abbaut.
Der SOLIFONDS unterstützt die MTST, damit sie ihre Solidaritätsarbeit ausdehnen und stärken kann.

Im Plastikmeer gehen die Arbeitsrechte unter

Es ist Ende März, Spanien befindet sich seit zwei Wochen in einem strikten Lockdown. Die Landarbeiter*innengewerkschaft SOC-SAT hat gerade von der Kündigung von 22 Arbeiter*innen eines Bio-Betriebs in Almería erfahren. Der Grund: Die Angestellten hatten persönliches Schutzmaterial gefordert.
Als essentieller Bereich muss die Landwirtschaft weiterfunktionieren, für die Landarbeiter*innen gilt Arbeitspflicht. Aber offensichtlich sehen viele Unternehmen im Plastikmeer Almerías oder bei den Erdbeerfeldern in Huelva die Einhaltung der Arbeitsrechte nicht als Pflicht. SOC-SAT erhielt während des Lockdowns immer wieder Nachrichten von Arbeiter*innen, dass in den Betrieben Gesichtsmasken, Handschuhe oder Desinfektionsmittel nicht vorhanden seien oder dass in den Abpackfabriken die Sicherheitsdistanz nicht eingehalten werde.
Seit Mitte März sind Protestformen wie Streiks oder Aktionen vor den Betrieben untersagt. Doch SOC-SAT unterstützt die Arbeiter*Innen auf verschiedene Art und Weise weiter: Die Gewerkschaft intervenierte im Falle der erwähnten Kündigung bei verschiedenen Bio-Labels, so auch bei Bio Suisse, und forderte die Entziehung des Labels. Sie verteilt Hygienekits an Arbeiter*innen und denunziert unermüdlich Verstösse gegen das Arbeitsgesetz bei den Arbeitsaufsichtsämtern oder der Polizei. Seit März hat SOC-SAT allein in Huelva Hunderte von Anzeigen wegen Arbeitsrechtsverletzung eingereicht. Die Organisierungsarbeit, die 2019 auf den Erdbeerfeldern begann, trägt nun Früchte: Arbeiter*innen wenden sich an die Gewerkschaft.
Und die gewerkschaftliche Organisierung ist wichtiger denn je. Schon werden Stimmen laut, die fordern, dass der Mindestlohn aufgrund der drohenden Wirtschaftskrise auszusetzen sei. «Es ist an der Zeit, wieder auf die Strasse zu gehen und die Rechte der Landarbeiter*innen zu erkämpfen und zu verteidigen», betont José Cuevas von SOC-SAT.

IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, Postfach, CH-8031 Zürich, Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7
Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co_2-neutral)